Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schnaudigel,
sehr geehrter Herr Watteroth,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

die Aufstellung eines Haushaltsplans basiert in der Regel auf Erfahrungswerten und Prognosen. Neuartige Erfahrungen konnten wir in den nahezu 2 Jahren seit Beginn der Corona-Pandemie reichlich sammeln. Wer von uns kannte denn zu Beginn des Jahres 2020 etwa den Unterschied zwischen Epidemie, Endemie und Pandemie; Begriffe wie Inzidenz, Hospitalisierungsrate, FFP2 Masken oder den R-Wert? Wer konnte einen PCR-Test von Schnelltests oder Selbsttests unterscheiden?

Doch noch nie war es in der Geschichte der Bundesrepublik schwieriger, aus den Erfahrungen von zwei aufeinanderfolgenden Jahren Prognosen oder Vorhersagen zu entwickeln, die über mehrere Wochen oder gar Monate als halbwegs verlässliche Basis für die politische oder wirtschaftliche Einschätzung der Lebenswirklichkeit in Deutschland, in Europa oder gar weltweit herangezogen werden können?!

Dennoch haben der Landrat und die Kreisverwaltung gemeinsam mit uns, den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Einwohnerschaft unseres Landkreises Karlsruhe, den Haushaltsplan für das Jahr 2022 aufzustellen und zu verabschieden, um eine finanzielle Ermächtigungs-grundlage für die Fortentwicklung unseres Gemeinwesens zu erhalten.

Schon bei der Verabschiedung des Haushaltsplans für das Jahr 2021 standen wir vor einer vergleichbaren Situation.

Wir waren damals aber noch überwiegend sehr optimistisch, dass das Ende der Krise absehbar sei; stand doch mit der hoffnungsspendenden Eröffnung der Impfzentren ein bedeutender Schritt im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus unmittelbar bevor. Uns war bewusst, dass wir alle noch viel Geduld aufbringen müssten. Heute haben wir gelernt, dass viele Menschen ihre Sorgen und Bedenken hinsichtlich der schnell entwickelten Impfstoffe offensichtlich nicht überwinden können oder aber auch darauf setzen, dass es ausreicht, wenn sich „die Anderen“ der Impfprozedur unterziehen und ihren „Solidarbeitrag“ für alle leisten.

Nach einem Sommer voller Hoffnung, sinkenden Verbreitungsraten und zunehmenden Lockerungen haben uns die Delta- und nun die Omikron-Varianten leider in eine andere Realität geholt. Wir sehen in diesen Tagen exponentiell steigende Ansteckungsraten, von denen niemand wirklich weiß, wie diese zu bewerten sind und wo sie uns denn hinführen werden.

Friedrich Dürrenmatt sagte zwar einmal "Je planmäßiger die Menschen vorgehen, desto wirksamer trifft sie der Zufall". Dennoch sehen wir als Fraktion CDU/Junge Liste, in dem vorliegenden Haushaltsplan für das Jahr 2022 und den Wirtschaftsplänen für die Kreisgesellschaften eine solide Basis für die Bewältigung unserer öffentlichen Aufgaben und zwar mit breiten Sicherheitspuffern, um auf die Herausforderungen vor denen unsere Gesellschaft steht, flexibel und angemessen reagieren zu können.

Wie ist der Haushaltplan des Landkreises für das Jahr 2022 also einzuordnen?

Auf den ersten Blick sticht ins Auge, dass der Ergebnishaushalt 2022 - wenn man so will: die Gewinn- und Verlustrechnung des Landkreises - in der heute vorgelegten Vorlage ein Defizit von 14,8 Mio. EUR aufweist

und damit der laufende Betrieb auch keinen Beitrag zur Deckung des Zahlungsmittelbedarfs der geplanten Zukunftsinvestitionen abliefert. Die erforderlichen Mittel zur Umsetzung dieser Zukunftsinvestitionen erhöhen sich mit einem Ausgabevolumen von 48,3 Mio. EUR um rund 78 % im Vergleich zum Haushaltsjahr 2021. Sie werden finanziert über eine noch überschaubare und maßvolle Neuverschuldung von 6,9 Mio. EUR sowie das Abschmelzen des Finanzierungsmittelbestands, also dem kreiseigenen Girokonto, um fast 38 Mio. EUR.

Kann man denn also tatsächlich angesichts der auf absehbare Zeit stark ansteigenden Investitionstätigkeit unseres Landkreises die von Herrn Landrat Dr. Schnaudigel und seiner Verwaltung vorgeschlagene Senkung des Kreisumlagesatzes ernsthaft und verantwortbar vertreten?

Wir meinen: Man kann – nein, man MUSS geradezu!

Wie ich bereits ausgeführt habe, sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft und das Gesundheitswesen auch im 3. Jahr in Folge nicht wirklich greifbar. Viele Unternehmen aus der Industrie, Handel, Dienstleistung oder insbesondere der Gastronomie leiden und werden die lange Zeit der Einschränkungen nur mit größer Mühe und staatlicher Unterstützung überstehen können.

Die wirtschaftlichen Folgen werden zu allererst in den Haushalten der kreisangehörigen Gemeinden spürbar und erst mit einem Verzug von zwei Jahren im Haushalt des Landkreises ankommen.

Die dem aktuellen Haushalt 2022 zu Grunde liegende Steuerkraft der Gemeinden stammt aus dem ersten Pandemiejahr und hat – auch dank der Ausgleichszahlungen durch Bund und Land – noch einen Anstieg gegenüber dem starken Jahr 2019 zu verzeichnen.

Wir sind der Kreisverwaltung insofern sehr dankbar, dass sie unsere bereits bei der Verabschiedung des letzten Haushalts 2021 vorgetragene Intention berücksichtigt hat, die Kommunen mit einem möglichst moderaten Beitrag an der Finanzierung des Kreishaushalts zu beteiligen. Damit wird es den Städten und Gemeinden in unsicherem Fahrwasser erleichtert, die Infrastruktur vor Ort zu erhalten und ihre Beteiligung an der Konjunktur in der Region mit ihren Aufträgen und Bestellungen aufrecht zu erhalten.

Aus diesem Grund hat sich die Kreisverwaltung also entschlossen, mit der zweiten Absenkung des Kreisumlagesatzes in Folge, nunmehr auf 27,5%, wieder auf das Umlagesatzniveau zurückzugehen, das zuletzt im Jahr 2015 einem Haushalt des Landkreises Karlsruhe zugrunde gelegt wurde. Um die absoluten Zahlen aber auch realistisch einordnen zu können, sei an dieser Stelle erwähnt, dass sich die Steuerkraft der Kommunen in diesen sieben Jahren so positiv entwickelt hat, dass trotz des gleichen Umlagesatzes in 2015 heute rund 54,5 Mio. EUR mehr Kreisumlage in die Kasse gespült wird. Gleichzeitig sind die Aufwendungen seit 2015 um rund 184 Mio. EUR gestiegen.

Mit der heutigen Vorlage lässt uns Herr Landrat Dr. Schnaudigel wissen, dass man die unerwarteten Verbesserungen aus den Schlüssel-zuweisungen im Jahr 2021 für eine Sondertilgung i.H.v. 5,1 Mio. EUR genutzt hat und damit die Ausgangssituation für den anstehenden Investitionsmarathon freundlicher gestalten konnte. Das begrüßen wir ausdrücklich!

Die Verwendung der erhöhten Schlüsselzuweisungen 20<u>22</u> zur Stabilisierung der Kreisumlage im Jahr 20<u>23</u> haben wir ebenfalls wohlwollend und dankbar zur Kenntnis genommen.

Nach unserem Dafürhalten wäre auch im Finanzplanungszeitraum in den Jahren 2024 und 2025 noch Potential vorhanden, sodass auch dort die vorgesehene Umlageanpassung kommunalfreundlicher ausfallen könnte. Dies wollen wir allerdings erst dann thematisieren, wenn der Blick in die Zukunft nicht mehr ganz so unscharf und neblig ist, also bei der Verabschiedung der zukünftigen Haushalte. Es gilt der Grundsatz der Beachtung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden, was wir immer politisch gefordert haben. Bemerkenswert ist, dass in der Vorlage erstmals deutlich auf diesen Grundsatz hingewiesen wird und dieser verpflichtend in die Entscheidung zur Höhe der Kreisumlage einfließen muss.

Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass die Aufwendungen und Investitionen im Haushaltsjahr 2022 wie auch im gesamten Finanz-planungszeitraum bis 2025 aus unserer Sicht solide finanziert sind.

Dennoch verdienen einzelne Bereiche, dass man Sie etwas genauer beleuchtet und bewertet:

Sozialaufwendungen

Der Bereich Mensch und Gesellschaft ist der Bereich, in dem die Sozialpolitik in Deutschland auf das echte Leben trifft. Dort wo sich Anspruch und Wirklichkeit begegnen. Hoch reglementiert und mit unzähligen Spannungsfeldern aufgeladen.

So müssen wir jedes Jahr zur Kenntnis nehmen, dass der Nettoressourcenverbrauch unablässig steigt und die Problemlagen immer vielfältiger zu werden scheinen. Alleine im Plan 2022 geht die Schere von Aufwendungen und Erträgen gegenüber 2021 um zusätzliche 15,2 Mio.

EUR, also mehr als 7 %, weiter auseinander und erhöht sich auf stolze 224,6 Mio. EUR.

Und gerade weil die Bedeutung dieses Bereichs für das Funktionieren unserer Gesellschaft so eminent wichtig ist und das Ausgabenwachstum in Verbindung mit dem Aufgabenwachstum keine Grenzen zu kennen scheint, ist es unser Anspruch und unsere Verpflichtung, genau hinzuschauen, ob die zur Verfügung zu stellenden Mittel auch ihr Ziel – die Verbesserung der Lebensverhältnisse – wirklich erreichen.

Es ist festzuhalten, dass die Fallzahlen im Bereich des Jugendamtes stetig ansteigen und sich immer komplexere Problemlagen in den Einzelfällen einstellen. Die Auswirkungen vom Herunterfahren des öffentlichen Lebens, Homescooling und der gebotenen Vermeidung sozialer Kontakte während der unterschiedlichen Wellen in Corona-Pandemie verdichten häufig schon bisher prekäre Lebenssituationen von Kindern- und Jugendlichen zusätzlich und erhöhen die negativen Folgen daraus um ein Vielfaches. Die Gesellschaft wird bei allem Einsatz der hilfeleistenden Stellen noch lange daran zu tragen haben.

Die Freiwilligkeitsleistungen der Sozialhilfe betragen 2022 rund 4,67 Mio. EUR und steigen gegenüber 2021 um gut 100.000 EUR.

Die von der SPD geforderte und von der großen Koalition zum 01.01.2021 eingeführte Grundrente hat sich auf die Fallzahlen in der Grundsicherung entgegen den Erwartungen nicht positiv ausgewirkt.

Ein weiterer Bereich dessen Entwicklung nicht abschätzbar ist, ist die Flüchtlingsbetreuung. Die Zuweisungen steigen u.a. aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Afghanistan wieder leicht an.

Die Landesregierung hat uns in den Jahren 2020 und 2021 darin unterstützt, die Integrationsarbeit zu leisten, die für ein gedeihliches Leben miteinander unabdingbar erforderlich ist. Da die Förderung der Integrationsmanager im Jahr 2022 formal ausläuft, fordern wir die Landesregierung dringend auf, den Pakt für Integration zwischen Land und Kommunen zu gleichbleibenden Konditionen zu verlängern, damit der begonnene, gute Weg auch weiterhin fortgesetzt werden kann.

Das Planergebnis des Amtes für Versorgung und Rehabilitation verschlechtert sich gegenüber dem Vorjahr durch Erhöhung der Transferaufwendungen für die Eingliederungshilfe planmäßig um 8,3 Mio. EUR.

Eine kaum zu greifende Plangröße scheint aus dem Bundesteilhabegesetz zu erwachsen. Es ist zu befürchten, dass die Aufwendungen in diesem Bereich explodieren könnten. Durch das gesetzlich geborene Bürokratiemonster, das sowohl beim Landkreis als auch in den Behindertenverbänden heranwächst, entsteht bei uns der Eindruck, dass das viele Geld, das nunmehr in dieses System gepumpt wird, bei den meisten Leistungsempfängern nicht als wahrnehmbarer Mehrwert ankommt.

Wir wollen mehr Teilhabe und nicht mehr Bürokratie. Das Geld soll bei den Menschen ankommen und nicht von Verwaltungstätigkeiten verschlungen werden. Dieses Phänomen hat sich frühzeitig angedeutet und die Auswirkungen erkennen wir jetzt im aktuellen Haushalt. Im HH-Jahr 2022 wurden bereits Mehrkosten i.H.v. rund 5 Mio. EUR veranschlagt. Das einzige „Mehr“ sind dabei bisher aber lediglich mehr Rechnungen für die Betroffenen und mehr Personal in den Verwaltungen.

Das entspricht nicht den Vorstellungen der CDU/Junge Liste-Fraktion von mehr Teilhabe.

Die vom Bund zugesicherte Evaluation ist dringend notwendig und muss sehr kritisch und transparent erfolgen. Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht. Im Sinne der Menschen mit Handicap und deren Erwartung nach „mehr Teilhabe“ besteht deshalb dringender Handlungsbedarf, bevor die Kosten völlig aus dem Ruder laufen, ohne dass sich für die Menschen spürbar etwas ändert und Steuergelder ohne Mehrwert ausgegeben werden.

ÖPNV

Ein mittlerweile immer größer werdender Teil des Haushalts ist für den ÖPNV zu reservieren. Momentan in Summe rund 34 Mio. Euro, mit den Transferleistungen für Schülerbeförderung etc. sogar 40 Mio. Euro. Dieser Anteil wird aufgrund der Dynamik in diesem Sektor - ich nenne die Stichworte Verkehrswende, Verdoppelung des ÖPNV-Anteils im Modal-Split, neue Vergabe Netz 7 etc. - kräftig steigen, das ist jetzt schon sicher.

Umso bedauerlicher ist es, dass die öffentliche Wahrnehmung des ÖPNV in unserem Raum zurzeit oft eher durch negative Schlagzeilen gekennzeichnet ist. Bei aller Euphorie über die Inbetriebnahme der Kombilösung und der Stadtbahntunnel: Die letzte Tariferhöhung wurde von uns kritisiert, weil wir sie als überdurchschnittlich hoch empfunden haben und es hier nach unserer Auffassung am notwendigen Fingerspitzengefühl und Augenmaß gefehlt hat. Wir wünschen uns, sehr geehrter Herr Landrat, dass man uns einen Bericht darüber vorlegt, wie sich in der Nachbetrachtung nun die Preiselastizität im Fahrgastverhalten darstellt, d.h. also wenn man anhand konkreter Zahlen die anteilige Änderung des Fahrgastaufkommens ins Verhältnis zur prozentualen Veränderung des Preises setzt.

Die Tarifreform des KVV mit der Einführung der HomeZone wird, wenn sie denn überhaupt wahrgenommen wird, nicht grade als großer Wurf gefeiert. Unterschiedliche Preise beim Luftlinientarif, abhängig von der Marke des Smartphones, geistern durch die Gazetten. Die Regiomove-App - kann zwar laut ihres Werbeslogans angeblich alles außer beamen - löst aber bislang auch keine rauschende Begeisterung aus. Und besonders die Abschaffung der Entwerter wird außerordentlich stark kritisiert.

Angesichts unseres gemeinsamen Bemühens um Verbesserungen, und darauf beruhen diese Entscheidungen bzw. Maßnahmen ja alle: Woher kommt diese negative Wahrnehmung? Liegt es daran, dass die Öffentlichkeit nicht genügend informiert wird? Dass man im Vorfeld von Entscheidungen oft nichts darüber liest und dann vor längst entschiedene Tatsachen gestellt wird? Fehlt eine öffentliche Diskussion im Vorfeld?

Wir glauben, dass die Transparenz tatsächlich zu kurz kommt.

Wir wünschen uns mehr öffentlichen Diskurs. Themen der Zukunft sollten zwischen dem KVV und seinen Gesellschaftern nicht ausschließlich hinter verschlossenen Türen, sondern mehr in der Öffentlichkeit besprochen werden - gerne auch kontrovers - es fehlt die nachvollziehbare Abwägung von Für und Wider.

Es ist an der Zeit, dass wieder positive Schlagzeilen zu diesem Thema veröffentlicht werden; die Fortentwicklung des ÖPNV sichtbar und erlebbar wird. Langfristig wünschen wir uns daher ein möglichst simples und transparentes Tarifsystem, das auch für Gelegenheitsfahrer leicht zu verstehen ist.

Entschlossen stehen wir hinter der Einführung von On-Demand-Verkehren, um insbesondere auch in weniger dicht besiedelten Gebieten des Landkreises ein modernes Nahverkehrsangebot zu schaffen. Denn nur mit einem modernen, zukunftsfähigen ÖPNV lässt sich eine ressourcenschonende Mobilität für die Vielzahl der Nutzer in der Zukunft organisieren.

Kommen wir nun zum Investitionsteil des Haushaltsplans und damit auch zum **Neubau des Landratsamtes**.

Anton Bruckner sagte "Wer hohe Türme bauen will, muss lange beim Fundament verweilen".

Eine der größten Investitionen des Landkreises nicht nur in den nächsten Jahren, sondern insgesamt in seiner Geschichte, ist sicherlich der Neubau des Landratsamtes.

Wir sind sehr froh darüber, dass die Kreisverwaltung – bildlich gesprochen – ein immer deutlicher sichtbares Fundament dieses neuen Hauses gießt. Wir kommen in gutem Einvernehmen mit der Stadt Karlsruhe der konkreten Grundstückssituation vorn am Ettlinger Tor immer näher, das darauf mögliche Bauvolumen wird immer klarer herausgearbeitet und die potentiellen Nutzungs-, Vermietungs- und Eigentumsverhältnisse werden immer konkreter mit belastbaren Zahlen hinterlegt. Auch die Gespräche mit den potentiellen Mit-Investoren und Mietern nehmen Gestalt an. Auf dieser Basis lassen sich nun weitere grundsätzliche Überlegungen anstellen. Was macht wirtschaftlich Sinn: ausgelagerte Verwaltungsteile künftig wieder unter einem Dach zu vereinen? Oder doch mit weiteren Mietern und Miteigentümern Synergien nutzen?

Wichtig bleibt es aus unserer Sicht, dass wir mit den Wünschen und Vorstellungen für unseren selbst genutzten Teil „auf dem Teppich bleiben“ und sich unsere Vorgaben zur nachhaltigen Bauweise auf den aktuellen Stand der Technik beschränken und wir uns nicht auf experimentelle Technologien wie eine Holzbauweise für ein Hochhaus einlassen. Die Belastung von jährlich 4 Mio. EUR für die zukünftige Unterbringung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im neuen Landratsamt darf nicht überschritten werden.

Die gute Vorarbeit und das planmäßige Vorankommen in der Realisierung unseres Großprojektes schlägt sich dementsprechend auch in den Zahlen des aktuellen Finanzhaushalts, ebenso auch im Finanzplanungszeitraum und darüber hinaus, nieder.

Anhand der von uns initiierten 10-Jahresbetrachtung des Kreishaushaltes, kann man ablesen, dass der Landkreis die Finanzkraft aufbringen kann und wird, um die erforderlichen Summen für den Neubau des Landratsamtes wie auch der weiteren, notwendigen Investitionen in die Schulen, das Gebäudesanierungsprogramm, die Digitalisierung, die Straßenmeistereien, die Kreisstraßen und den Ausbau bzw. die Reaktivierung der Schieneninfrastruktur in den kommenden Jahren parallel zueinander stemmen zu können. Uns ist dabei durchaus bewusst, dass die Zahlen immer unschärfer werden, je weiter sie in der Zukunft reichen. Sie unterliegen all den Risiken, die ich schon eingangs genannt habe.

Dennoch versetzt uns diese langfristige Betrachtung in die Lage, die finanzielle Entwicklung des Kreishaushalts solide aufzusetzen und zu steuern.

Wir erkennen anhand dieser Darstellung wie die Bereitstellung der erforderlichen Investitionsmittel für den Neubau über die Jahre hinweg vorgesehen ist und dass man - nach derzeitigem Kenntnisstand - ab dem Planjahr 2028 wieder zu den bisher üblichen Investitionsvolumina zurückkehren kann.

Ob die „kommunizierenden Röhren“ aus dem Anwachsen der Überschüsse aus der Kreisumlage und der Höhe der Verschuldung oder Nichtverschuldung im Hinblick auf die zu erwartende Nutzungsdauer des neuen Landratsamtes und dem Herstellen einer „Generationen-gerechtigkeit“ genau so aussehen müssen, wie sie hier abgebildet wurden, wird sicher bei der weiteren Fundamentlegung zu diskutieren sein. In jedem Fall aber sehen wir die Möglichkeiten, die Ausgestaltung der Umlagesätze und die Höhe der Kreditermächtigungen optimal auf die jeweils herrschenden Rahmenbedingungen anzupassen, ohne die Gemeinden in der Zukunft finanziell zu überfordern.

Abfallwirtschaft

Die CDU/Junge Liste-Fraktion wird auch dem Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs für die Abfallwirtschaft zustimmen. Bei einem Volumen von 52,1 Mio. EUR im Erfolgsplan und 5,1 Mio. EUR im Vermögensplan wird die Schwerpunktaufgabe der Abfallwirtschaft, auch im neuen Jahr, im Landkreis mit hoher Zuverlässigkeit und bei stabilen Gebühren erfolgreich erledigt werden.

Die Gebührenüberschüsse i.H.v. rd. 3,2 Mio. EUR aus der Zeit vor der neuen Abfallkonzeption und der Gebührenanpassung zum 1.1.2020 machen es möglich, die Gebühren in 2022 unverändert zu belassen.

Die Umstellung auf einen zweijährigen Kalkulationszeitraum bei der Einführung der Biotonne war richtig, weil der AWB damit aus den Jahresergebnissen 2020 und 2021 saldiert einen Überschuss von rd. 2,5 Mio. EUR ins neue Jahr übertragen kann. Dies sichert aus unserer Sicht auch für 2023 die Gebührenstabilität.

Die CDU/Junge Liste-Fraktion hat darüber hinaus das Ziel, mit der nach dem neuen Eigenbetriebsrecht voraussichtlich möglichen Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 2 Mio. EUR, auch im Jahr 2024 die Abfallgebühren stabil halten zu können.

Dies gibt uns gleichzeitig die Chance, die geplante Evaluierung der Bioabfallsammlung auf einer guten Datenlage durchführen zu können. Die hohe Akzeptanz und die steigende Nutzung der getrennten Biomüllsammlung ist mit einem Anstieg der Abfallmenge verbunden. Die höheren Kosten für den Transport und das Einsammeln der Biotonnen sowie die Verwertung sind im Jahr 2022 mit 3,9 Mio. EUR veranschlagt.

Die dezentralen Wertstoffhöfe und Grünabfallsammelplätze sowie die für die Nutzer bequeme Wertstoffsammlung im Landkreis sorgen für eine hohe Akzeptanz, aber auch für Kosten von 5,8 Mio. EUR bzw. 7,9 Mio. EUR. Für die Hausmüllsammlung fallen 3,2 Mio. EUR, für den Gewerbemüll rd. 2,0 Mio. EUR und für die thermische Behandlung 11,2 Mio. EUR an. Interessanterweise geben wir also für den Wiederverwertungsbereich in Summe 17,6 Mio. EUR aus und für den Rest- und Gewerbemüll mit Verbrennung 16,4 EUR.

Jahr für Jahr gewaltige Zahlen… Umso wichtiger ist uns daher eine gute Abfallkonzeption mit stabilen Gebühren. Die CDU/Junge Liste-Fraktion stimmt auch den Vorschlägen zur Bodenaushubdeponie und dem Wirtschaftsplan der BRLK zu.

Abschluss

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei aller Unsicherheit und Verunsicherung, die uns die Pandemie bisher beschert hat, sollten wir uns weiterhin auf unsere Stärken besinnen, die uns durch manches Tal und manche Krise gebracht haben.

Hier im Rat haben wir alle, gemeinsam auch mit der Verwaltung, sehr bodenständig und sachorientiert darum gerungen, unseren Landkreis Karlsruhe weiterzuentwickeln, der so lebenswert ist, dass viele Regionen Deutschlands mit Anerkennung und auch einem gewissen Neid auf diese Symbiose aus Lebensqualität und Wirtschaftskraft schauen. Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle für diese Form der Zusammenarbeit herzlich bedanken.

Die Menschen unserer Region sollten sich nicht in Geimpfte und Ungeimpfte spalten lassen, sondern weiterhin die Solidarität untereinander pflegen. Dazu gehört es auch, sich nicht in Verschwörungstheorien zu ergehen, sondern die Möglichkeiten zu nutzen, die uns die moderne Medizin bietet, um die Pandemie zurück zu drängen.

Abschließend darf ich mich nun bei allen bedanken, die bei der Aufstellung dieses rund 730 Seiten starken Werkes mitgewirkt haben. Zuvorderst bei Herrn Landrat Dr. Schnaudigel sowie Herrn Finanz-dezernenten Watteroth, Herrn Reitermayer und seinem Haushaltsteam, bei Herrn ELB Bühler, Frau Freund und Herrn Prof.Dr. Menzel sowie der gesamten Kreisverwaltung, die auch unter erschwerten äußeren Bedingungen immer wieder ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellt.

Auch in die Erstellung der Wirtschaftspläne, die wir heute verabschieden, wurde sehr viel gute Arbeit und Herzblut investiert. Dafür gebührt unser Dank allen Verantwortlichen der Tochtergesellschaften und deren Beschäftigten. Stellvertretend für alle Geschäftsführer darf ich mich heute insbesondere beim Geschäftsführer des AWB – Herrn Uwe Bartl – herzlich bedanken, dessen Nachfolgerin heute voraussichtlich gewählt wird und der ein sehr gut bestelltes Haus hinterlässt.

Wir stimmen den Tagesordnungspunkten 2 - 8 in vollem Umfang zu.

Vielen Dank, dass Sie mir Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben!

Für die Fraktion CDU/Junge Liste

Andreas Glaser